



Der Corona-Schock – Ein Update

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 17.11.2020

Die deutschen Prognostiker klopfen sich selbst auf die Schultern, weil sie den Einbruch im Gefolge des Corona-Schocks scheinbar gut vorhergesehen haben. Das ist allerdings ein Fehlschluss. Die Prognosen stimmen gut mit den Schätzungen des Statischen Bundesamtes überein. Mit der Wirklichkeit hat das nur bedingt zu tun.

Seit wir im März und April dieses Jahres (die erste Analyse datiert vom 20. März) auf Makroskop versucht haben, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie auch quantitativ abzuschätzen, hat sich der dichte Nebel der Unsicherheit, dem sich alle Analysen gegenübersehen, zwar etwas gelichtet. Es besteht aber auch heute noch wenig Klarheit hinsichtlich des Ausmaßes des Schocks und seiner wirtschaftlichen Folgen. Zwar gibt es jede Menge Schätzungen und Prognosen über die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland in den vergangenen Quartalen, die gewaltige Diskrepanz zwischen den für das BIP

geschätzten Werten und den am Arbeitsmarkt gemessenen, die uns besonders wichtig erschien, hat sich aber bis heute nicht aufgelöst.

Nachdem nun die Institute und der Sachverständigenrat ihre offiziellen Prognosen abgegeben haben, ist es Zeit, von unserer Seite eine Zwischenbilanz zu ziehen. Die jetzt vorliegenden Prognosen kommen zu dem Ergebnis, man habe bei der Abschätzung des Einbruchs ziemlich richtig gelegen. Einerseits sei die V-Kurve der Erholung weitgehend bestätigt, zum anderen, so der Sachverständigenrat, habe sich der deutsche Arbeitsmarkt als „resilient“ erwiesen. Prognostiker und Politiker sind sich einig, dass man die Krise des Jahres 2020 in ihrer Dimension durchaus mit der des Jahres 2009 vergleichen könne. Das ist vor allem mit Blick auf den Arbeitsmarkt mehr als fragwürdig.

Wir hatten bei unseren Überlegungen im März unterstellt, der Lockdown dauere volle vier Monate, und hatten unter dieser Annahme einen Rückgang des BIP von 25 Prozent für das gesamte Jahr 2020 für möglich gehalten, also etwa sechs Prozent pro Monat des Lockdowns. Tatsächlich lagen zwischen dem Beginn der harten ersten Maßnahmen Mitte März und den ersten Lockerungen Ende April etwa fünf Wochen.

Wir hatten zudem erwartet, der deutsche Leistungsbilanzüberschuss für dieses Jahr werde sich halbieren. Das ist nicht eingetreten. Der Überschuss wird nur wenig geringer als 2019 sein; die deutschen Exporte sind zwar stark gefallen, aber auch die Importe waren deutlich rückläufig. Das hat allerdings erhebliche negative Auswirkungen auf die Handelspartner, die in der deutschen Diskussion völlig ausgeblendet werden. Wir kommen darauf zurück.

Arbeitsmarkt oder BIP? Welcher Indikator beschreibt die Krise realistisch?

Entscheidend für unsere relativ pessimistische Sicht der Dinge war, dass wir sehr frühzeitig der Entwicklung am Arbeitsmarkt in Deutschland große Bedeutung zugemessen haben, die ansonsten bis heute weitgehend vernachlässigt worden ist ([Rechnen in der Krise](#)). Wir hatten schon am 2.4. dieses Jahres darauf hingewiesen, dass man in Deutschland aufgrund einer simplen überschlägigen Rechnung mit über 8 Millionen Kurzarbeitern rechnen müsse, weil zu dem Zeitpunkt schon über 400 000 Betriebe Kurzarbeit angezeigt hatten. Dagegen rechneten die Institute Ende März mit 1.9 Millionen Kurzarbeitern im gesamten

zweiten Quartal, und der Bundesarbeitsminister erwartete in der Spitze 2,4 Millionen Kurzarbeiter. Die eingetretene Entwicklung zeigt die Abbildung 1.

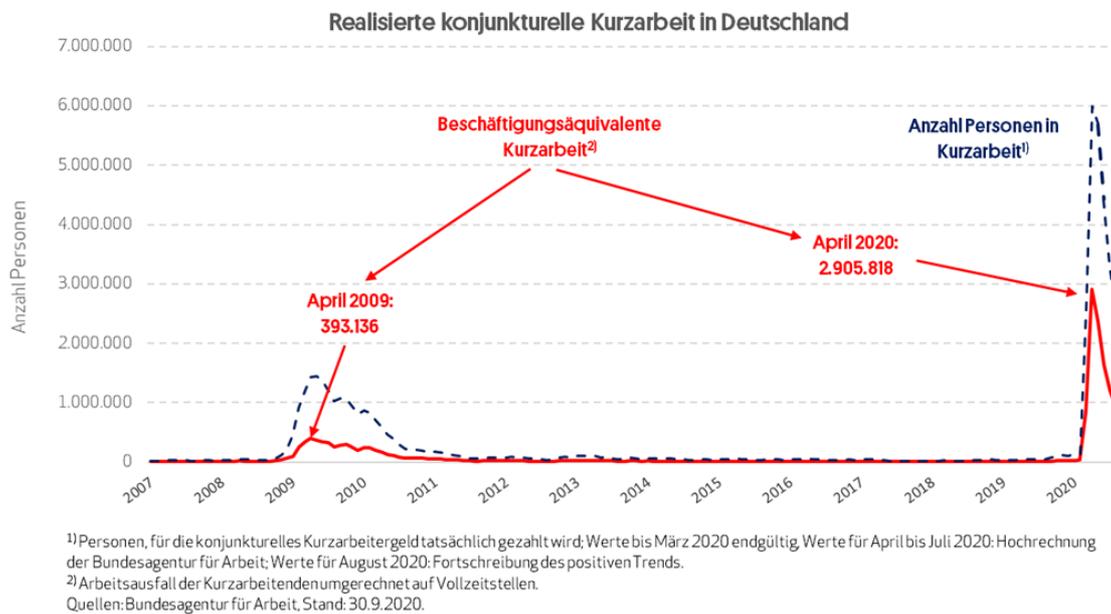


Abbildung 1

Tatsächlich waren im April 5,9 Millionen Menschen in Kurzarbeit. Man kann an der Graphik unschwer erkennen, dass der Einbruch wesentlich größer ist als der zur Zeit der Finanzkrise 2008/2009. Will man ein ungeschminktes Bild der Lage sehen, muss man die Zahl der Kurzarbeiter (beziehungsweise der beschäftigungsäquivalenten Kurzarbeit) zusätzlich zur Zahl der Arbeitslosen berücksichtigen. Nur dann kann man, wie wir in unserem „[Atlas der Weltwirtschaft](#)“ festgestellt haben, die wirtschaftliche Lage wirklich realistisch einschätzen und damit wirtschaftspolitisch vorausschauend handeln.

Zur Datenlage bei der Kurzarbeit

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) berichtet jeden Monat über die Anzahl der von Unternehmen neu für Kurzarbeit angemeldeten Personen. Unternehmen können nämlich nur für die Arbeitskräfte Kurzarbeitergeld beziehen, die sie der BA sozusagen vorsorglich vorab gemeldet haben. Im Nachhinein müssen die Unternehmen der BA innerhalb einer gewissen Frist berichten, wieviel Kurzarbeit tatsächlich und bei welchen Löhnen und Gehältern in dem betreffenden Monat, für den sie Kurzarbeit angemeldet haben, angefallen ist,

damit eine Spitzabrechnung durch die BA erfolgen kann. Dieser Prozess kann bis zu fünf Monate in Anspruch nehmen.

Die endgültige amtliche Zahl der Kurzarbeiter und des tatsächlich erfolgten Arbeitsausfalls liegt also erst mit großer Verzögerung vor. Da diese Daten jedoch für die Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand wichtig sind, gibt die BA vorab Hochrechnungen heraus, die aus den Neuanmeldungen zur Kurzarbeit und dem bereits vorhandenen Bestand an Kurzarbeit eine Zahl liefern, wie hoch die vermutlich realisierte Kurzarbeit sein dürfte. Und zwar einmal die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Personen und zusätzlich die Zahl der beschäftigungsäquivalenten Kurzarbeit. Für letztere wird der prozentuale Arbeitsausfall auf Vollzeitstellen umgerechnet, so dass man einen Eindruck davon erhält, wie viele "ganze" Arbeitsplätze tatsächlich betroffen sind.

Die Hochrechnung ist selbstverständlich fehleranfällig, ganz besonders in der derzeitigen Krise, deren Ausmaß keinen vergleichbaren Vorläufer hat. Anders als in der Finanzkrise sind weite Teile des Dienstleistungssektors von Kurzarbeit betroffen. Hier gibt es kaum Erfahrungswerte, wie viel Prozent der angemeldeten Kurzarbeit in der Regel auch tatsächlich realisiert wird und wie hoch der Arbeitsausfall in den verschiedenen Branchen normalerweise ist. Es gibt eben kein "in der Regel" und kein "normalerweise". Und das macht die Schätzung schwierig, weshalb die BA im Frühjahr auch ihr Hochrechnungsverfahren für einige Monate ausgesetzt hatte, um es anzupassen. Momentan hängt die Hochrechnung zur realisierten Kurzarbeit gegenüber der Zahl der für Kurzarbeit gemeldeten Personen um zwei Monate hinterher. Das heißt konkret, dass derzeit die Zeitreihe für die realisierte Kurzarbeit mit dem (hochgerechneten) Wert für August (2.580.837 Personen) endet, die Zeitreihe mit den für Kurzarbeit neu gemeldeten Personen jedoch bis Oktober reicht (96.079 Personen).

Die genannten statistischen Probleme erklären, warum es von Monat zu Monat in den Berichten der BA zu erheblichen Abweichungen zwischen den hochgerechneten Zahlen für ein und denselben Monat kommt, bis der endgültige Wert feststeht. Die angefallenen Korrekturen müsste die BA unseres Erachtens ab einer gewissen Größenordnung in ihrem Monatsbericht kommentieren und in der Pressemitteilung auf sie zumindest explizit hinweisen.

Doch das geschieht nicht. Am 1. September hatte die BA die realisierte Kurzarbeit für den Juni auf 5,36 Millionen geschätzt. Am 30. September gab sie im Monatsbericht 4,63 Millionen an – erwähnte diese stattliche Korrektur um über 720.000 Personen aber in ihrer Pressemitteilung mit keinem Wort und kommentierte sie auch im Monatsbericht an der einschlägigen Stelle nicht. Stattdessen informierte die BA die Presse lediglich über den neuen aktuellen Rand, nämlich den Juli-Wert, den sie mit 4,24 Millionen bezifferte. Wieder einen Monat später entnimmt man dem neuen Monatsbericht vom Oktober für Juni einen Wert von 4,42 Millionen Personen (also noch einmal gut 200.000 weniger als im vorhergehenden Bericht und gut 930.000 weniger als in der ersten Hochrechnung). Und für den Juli wird die korrigierte Hochrechnung mit 3,32 Millionen angegeben – das entspricht einer Korrektur nach unten von fast 920.000 Personen. Erneut vermisst man jeden Hinweis und erklärenden Kommentar.

Dass der Wert für den Mai 2020 von 6,7 Millionen in der ersten Schätzung (Ende Juli) auf 5,7 Millionen in der aktuellen und letzten Hochrechnung vor den endgültigen Zahlen (Ende Oktober) geschrumpft ist, mag man noch als dem Herantasten an das neue Verfahren geschuldet verstehen. Doch dass der Umfang der Korrekturen nicht abnimmt und dass sie nicht einmal erwähnt oder gar erklärt werden, verwundert doch. Denn die Zahlen der BA stehen in eklatantem Kontrast zu den Schätzungen, die das ifo Institut auf der Grundlage seiner Unternehmensbefragungen zur Kurzarbeit erstellt hat. Ifo hat die Zahl der Kurzarbeiter für den Juli auf 5,6 Millionen geschätzt. Das sind rund 2,2 Millionen kurzarbeitende Personen mehr, als die BA angibt. Die ifo-Schätzung für den August liegt ebenfalls weit über der amtlichen Hochrechnung von 2,58 Millionen, nämlich um gut 2 Millionen bei 4,65 Millionen.

Die Umrechnung der offenbar korrekturanfälligen Kurzarbeiterzahlen auf beschäftigungsäquivalente Kurzarbeit nimmt das Amt sowohl für die konjunkturelle Kurzarbeit als auch für die Kurzarbeit insgesamt (die Fälle des sog. Transferkurzarbeitergeldes enthält) vor. Der saisonbereinigte Wert der beschäftigungsäquivalenten Kurzarbeit insgesamt hat sich von 2,9 Millionen im April auf knapp 1 Million im August reduziert. Damit liegt diese Zahl allerdings noch immer um das 2,5 Fache über dem Spitzenwert während der Finanzkrise 2008/2009.

Stattdessen rechnen sich Institute, SVR und die Bundesregierung die Lage schön, indem sie so tun, als sei der Einbruch dieses Jahres ohne weiteres mit dem der Finanzkrise zu vergleichen. Der Sachverständigenrat geht in seiner jüngsten Prognose davon aus, dass das deutsche BIP preisbereinigt im Jahr 2020 um 5,1 Prozent sinkt und damit weniger stark als in der Finanzkrise 2009, als die Wirtschaftsleistung um 5,7% zurückging.

Das ist angesichts der Kurzarbeiterzahlen nicht nachvollziehbar: Der bisherige Spitzenwert der Kurzarbeit vom April 2020 ist mit 5,9 Millionen Personen gut viermal so hoch wie der Maximalwert von 1,4 Millionen während der Finanzkrise im Mai 2009. Unter Berücksichtigung des tatsächlichen Arbeitsausfalls, also umgerechnet in Beschäftigungsäquivalente, wird der Unterschied zwischen der damaligen Krise (in der Spitze 393.000 voll ausfallende Stellen) und heute (bisheriges Maximum 2,9 Millionen) noch deutlicher: er beträgt mehr als das Siebenfache. Diese Zahlen stehen zu einem fast gleich großen Wirtschaftseinbruch fundamental im Widerspruch. Man muss sich entscheiden, ob man die gemessenen Arbeitslosenzahlen für richtig hält oder die geschätzten BIP-Zahlen.

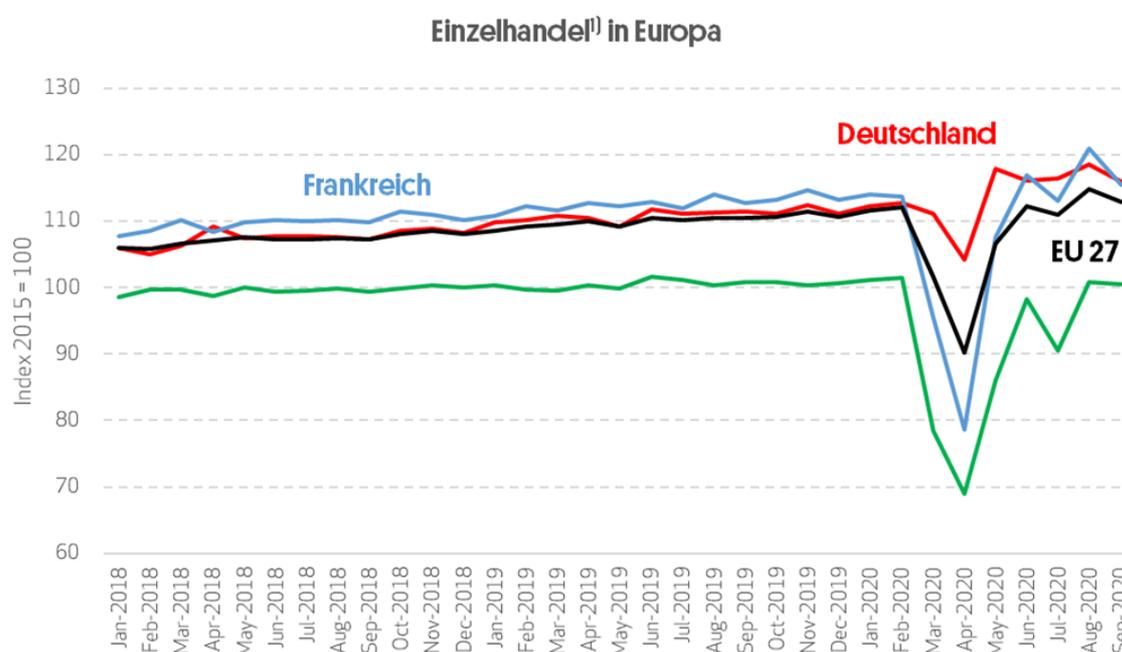
Rechnet man die Zahl der beschäftigungsäquivalenten Kurzarbeit mit in die Zahl der Arbeitslosen ein, erhöht sich die Arbeitslosenquote entsprechend, etwa für den April von amtlichen 5,8 Prozent auf 11,9 Prozent oder im August von 6,3 Prozent auf immerhin noch 8,2 Prozent. Im Durchschnitt des zweiten Quartals ergibt sich statt 6,2 Prozent ein Wert von 11,0 Prozent. Die aktuelle Arbeitslosenquote im Oktober von 6,2 Prozent dürfte ungefähr einen Prozentpunkt höher ausfallen, wenn man die beschäftigungsäquivalente Kurzarbeit miteinbezieht.

Um international vergleichbare Daten zu haben, berechnet die OECD sogenannte harmonisierte Arbeitslosenquoten. Aus methodischen Gründen fällt dabei die deutsche Quote regelmäßig geringer aus als die amtlichen Angaben der BA. Im August 2020 betrug die Differenz zum Beispiel 1,8 Prozentpunkte, also statt 6,3 Prozent nur 4,5 Prozent. Berücksichtigt man diese Abweichung und rechnet man die beschäftigungsäquivalente Kurzarbeit mit ein, ergibt sich für das zweite Quartal 2020 eine Arbeitslosenquote, die mehr als doppelt so hoch ist wie die internationale amtliche Quote von 4,2 Prozent, nämlich eine Quote von 9,1 Prozent.

Es ist unbestreitbar, dass der Corona-Schock vor allem am Arbeitsmarkt massive Bremsspuren hinterlassen hat, die sich nicht einfach in Luft auflösen. Im dritten Quartal liegt die Beschäftigung bei erheblich nachlassender Wirtschaftsdynamik in der EWU um 2 Prozent unter dem Vorjahr. Das ist, nach zehn Jahren einer extrem zögerlichen Wirtschaftsentwicklung in der Eurozone, in der es nicht gelang, die Arbeitslosigkeit in Ländern wie Italien und Frankreich deutlich zu senken, eine ungeheure Hypothek für die nächsten Jahre.

V-Erholung oder nicht

Auch was das Tempo der Erholung angeht, stimmt die tatsächliche Entwicklung nicht mit den Erwartungen der meisten professionellen Beobachter überein. Zwar hat sich der Umsatz des Einzelhandels in den meisten Ländern Europas rasch und in Form des berühmten V erholt (Abbildung 2), aber die Dynamik am aktuellen Rand ist eher verhalten. Für die Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe kann man keineswegs von einem V-Verlauf sprechen, vom Bereich der Dienstleistungen, für die allerdings kaum Daten vorliegen, ganz zu schweigen.

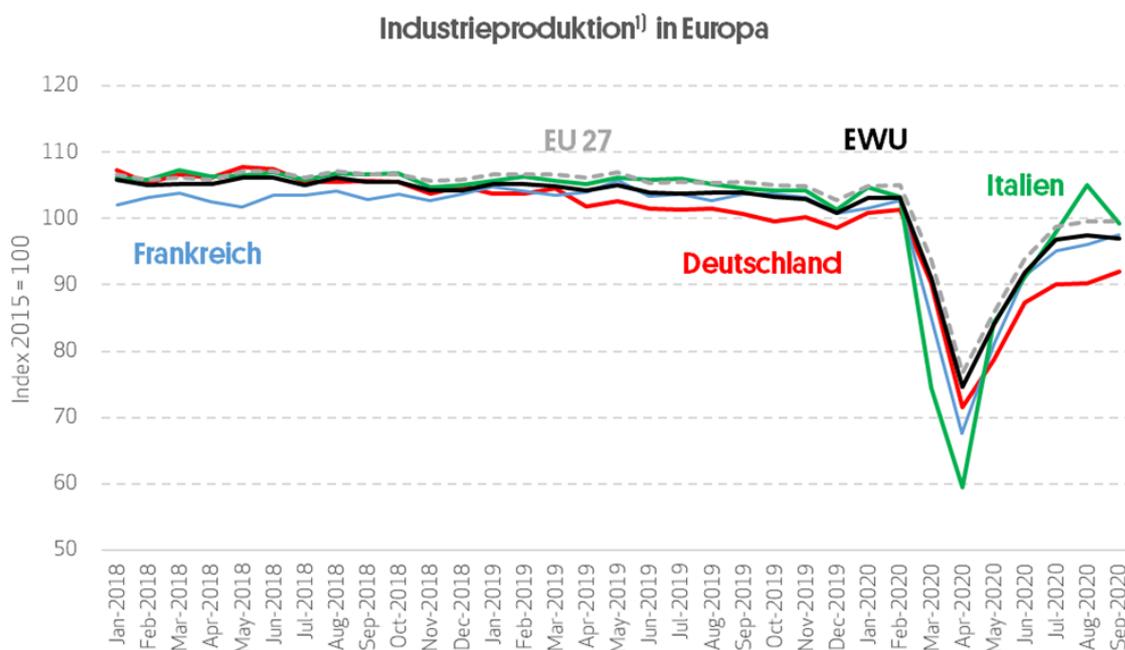


¹⁾Preis-, kalender- und saisonbereinigter Index des Einzelhandelsumsatzes.
Quelle: OECD Main Economic Indicators.

Abbildung 2

Die Industrieproduktion im Euroraum, die im Februar dieses Jahres einen Indexwert von 103 erreicht hatte (der Durchschnitt des Jahres 2015 ist dabei gleich einhundert gesetzt), erreichte im September einen Wert von 97. Diesen

Wert hatte der Index aber auch schon im Juli nahezu erreicht (Abbildung 3). Das heißt, im dritten Quartal gab es trotz einer deutlich beruhigten Corona-Lage keinen Fortschritt mehr. Eine Rückkehr zu dem Niveau vom Februar ist nicht in Sicht. Bei einem Unterschreiten des Niveaus des Vorjahres von etwa sechs Prozent, muss man weiterhin von einer sehr schweren Rezession in der EWU sprechen.



¹) Preis-, kalender- und saisonbereinigter Produktionsindex der Industrie ohne Baugewerbe.
Quelle: OECD Main Economic Indicators.

Abbildung 3: Europäische Industrieproduktion

Es ist offensichtlich und zeigt sich in Deutschland in ganz besonderer Weise, dass sich die konsumnahen Bereiche erholt haben, die Investitionstätigkeit und die von ihr abhängigen Wirtschaftsbereiche aber weiterhin in einer schlechten Verfassung sind. Die Produktion von Investitionsgütern hatte im Aufschwung vor dem Corona-Schock in der Spitze ein Niveau ihres Index von 109 erreicht (ebenfalls 2015 = 100), nämlich im November 2017 (Abbildung 4). Im Februar 2020 war die Produktion wegen der vorangegangenen Rezession schon auf 98 gesunken. Für das dritte Quartal ergibt sich ein Wert von knapp 86. Was nichts anderes heißt, als dass die deutsche Schlüsselindustrie derzeit auf einem Niveau produziert, das um 20 Prozent unter dem liegt, das sie vor drei Jahren erreicht hatte.

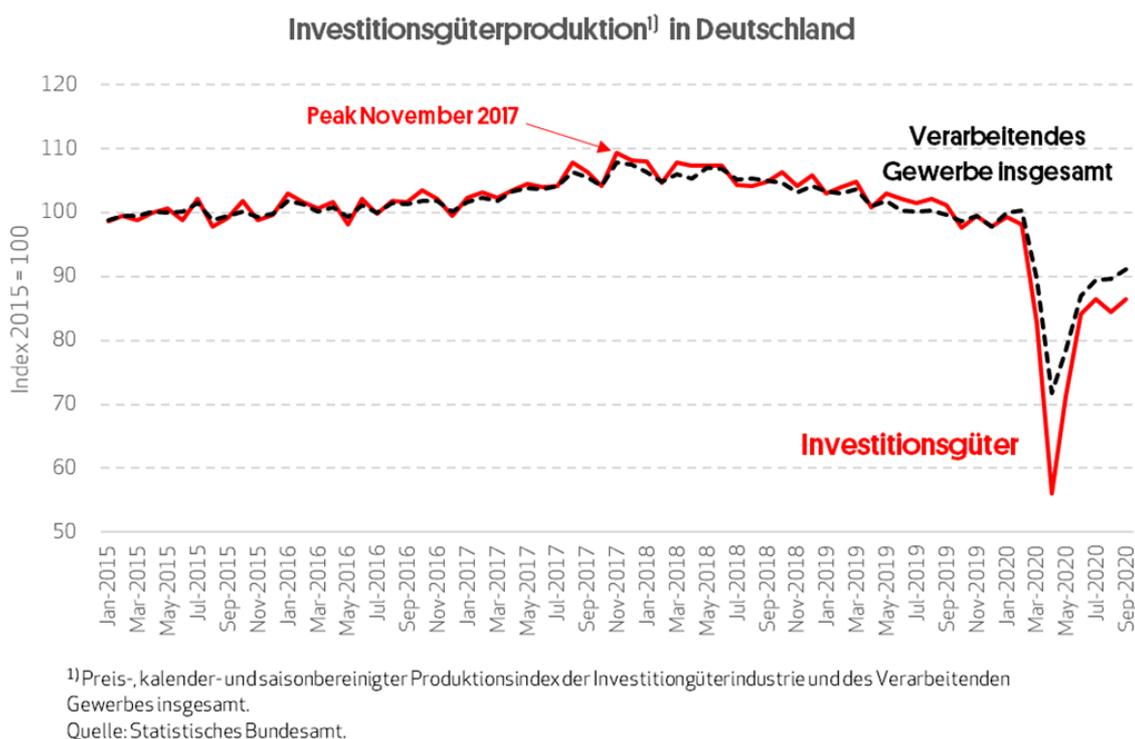


Abbildung 4

Verglichen mit den anderen Ländern der EWU liegt Deutschland damit bei der Industrieproduktion insgesamt auf dem letzten Platz. Während Italien und Frankreich schon fast wieder einen Indexstand von 100 erreicht haben, liegt Deutschland noch fast zehn Prozent darunter – und das, obwohl der Aufschwung vor Corona in Deutschland stärker gewesen war als in den meisten vergleichbaren Ländern. Der SVR zeigt zwar die hier verwendeten Kurven mit der schwachen deutschen Entwicklung, kommentiert sie aber nicht.

Baldige Konsolidierung?

Völlig offen ist die Frage, wie Deutschland nach dem Ende der Corona-Rezession wieder auf einen Wachstumspfad kommen soll. Die Institute und der SVR bieten dazu nichts. Man nimmt einfach an, nach dem Ende des Corona-Schocks werde sich die deutsche Wirtschaft wieder fangen und weiter wachsen. Dass es schon seit der Jahreswende 2017/2018 eine rezessive Entwicklung gab, wird dabei ebenso wenig problematisiert wie die Tatsache, dass die Entwicklung der Arbeitseinkommen durch den Corona-Schock einen massiven Dämpfer bekommen hat und sich auch in den nächsten beiden Jahren nicht erholen wird.

SVR und Institute bauen allerdings darauf, dass der hohe deutsche Leistungsbilanzüberschuss, der einen klaren Verstoß gegen die europäischen

Regeln innerhalb der Währungsunion darstellt, mit über 7 Prozent des BIP auch weiterhin eine tragende Säule der deutschen Wirtschaft sein wird. Der Sachverständigenrat ignoriert damit auch die ihm selbst gemachte gesetzliche Vorgabe, die ihn verpflichtet zu analysieren, wie die gesamtwirtschaftlichen Ziele einschließlich des „außenwirtschaftlichen Gleichgewichts“ erreicht werden können. Selbst das Wort „Leistungsbilanzüberschuss“ sucht man in diesem Jahresgutachten vergebens.

Erkennbar ist dagegen jetzt schon, dass sowohl die Institute wie der SVR von allen europäischen Regierungen einschließlich der deutschen energischen Schritte zum staatlichen Schuldenabbau erwarten, sobald der unmittelbare Effekt der Pandemie ausgelaufen ist. Wie wir im „Atlas der Weltwirtschaft“ erneut zeigen, ist das mit einem hohen Leistungsbilanzüberschuss wesentlich einfacher zu bewerkstelligen als ohne einen solchen Überschuss oder gar mit einem Leistungsbilanzdefizit.

Der Corona-Schock hat in großer Klarheit gezeigt, dass der deutliche Anstieg der Sparquote der privaten Haushalte (den auch der SVR ausdrücklich erwähnt) nur mit dem Anstieg der Verschuldung in einem anderen Sektor ausgeglichen werden kann. Diese Rolle hat im fast abgelaufenen Jahr in allen europäischen Ländern der Staat übernommen. Soll der Staat sich 2021 und später wieder aus dieser Rolle zurückziehen, muss es andere Sektoren geben, die bereit und in der Lage sind, mit steigenden Schulden zurecht zu kommen. Da nicht alle europäischen Länder wie Deutschland das Problem auf das Ausland abschieben können, stellt sich erneut und mit großer Dringlichkeit die Frage, wie die Vertreter der herrschenden Lehre dafür sorgen wollen, dass der Unternehmenssektor wieder in die Rolle des Investors und Schuldners zurückkehrt, der er sich seit mehr nunmehr fast zwanzig Jahren „verweigert“.

Bei der Anregung der Investitionen setzt die herrschende Lehre üblicherweise darauf, dass die Geldpolitik mit sinkenden Zinsen den Unternehmen das Signal zu höherer Verschuldung gibt und den privaten Haushalten gleichzeitig das Sparen verleidet. Da die Zinspolitik, wie der SVR selbst zugesteht, vollständig ausgereizt ist, gibt es bei Konsolidierungsversuchen des Staates keinen Sektor, der als Lokomotive für die Konjunktur dienen könnte. Konsolidierungsversuche des Staates führen in diesem Umfeld unmittelbar zu einer Schwächung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die den Staat zwingt, den Versuch rasch wieder zu beenden.

Die Diskussion, die der SVR (einschließlich eines Minderheitsvotums von Achim Truger) lang und breit führt, ob nämlich die Konsolidierung auf der Ausgaben- oder der Einnahmeseite des Staates ansetzen sollte, ist vollkommen sinnfrei, so lang nicht geklärt ist, woher die positiven Impulse kommen sollen, die unbedingt gebraucht werden, wenn die staatlichen Konsolidierungsversuche – von welcher Seite auch immer – erfolgreich sein sollen. Dass der Vertreter der Arbeitnehmerseite im Rat die sparenden Unternehmen in Deutschland und deren Bedeutung für Konsolidierungsversuche nicht einmal erwähnt und sich stattdessen auf Details der Konsolidierungsstrategie einlässt, ist nicht mehr rational nachzuvollziehen.

Vergessene Löhne und Arbeitslose

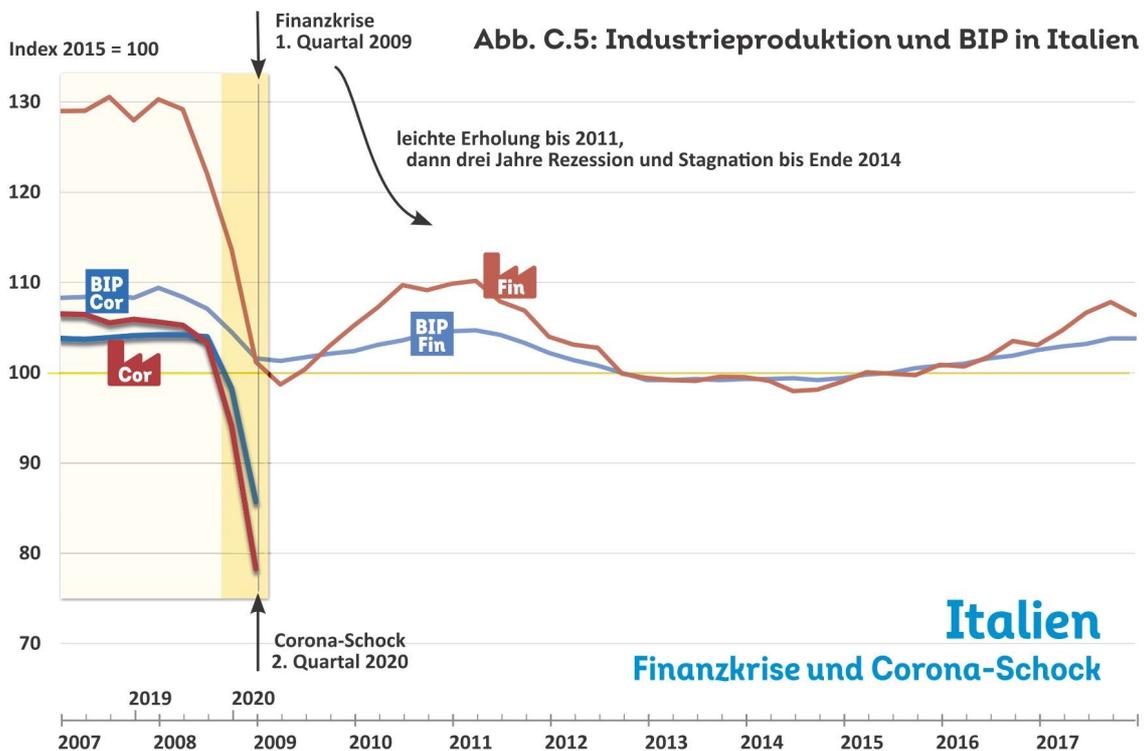
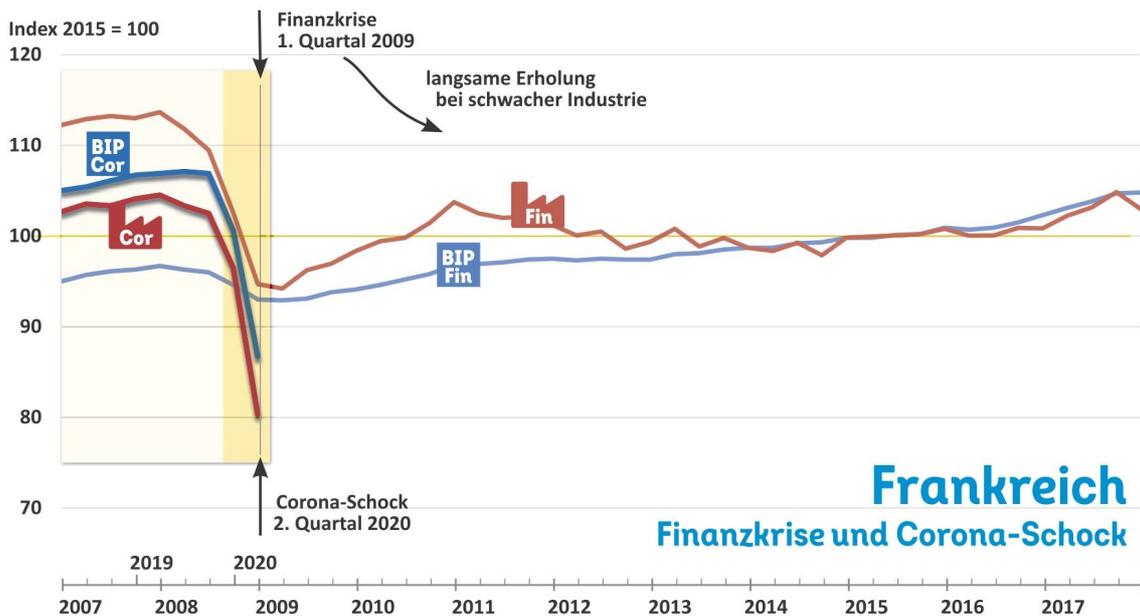
Dass der Arbeitnehmersvertreter auch die Einkommen der Arbeitnehmer vergisst, muss man wohl der allgemeinen Angst der Gewerkschaften zurechnen, sich auf die gesamtwirtschaftliche Ebene zu begeben (wie [hier](#) ausführlich diskutiert). Dennoch ist es bezeichnend, dass der SVR zwar einen coronabedingten Druck auf die Löhne konstatiert, aber nicht merkt, dass er dies in seinem eigenen Paradigma glatt zurückweisen muss. In der neoklassischen Theorie ist Druck auf die Löhne bei steigender Arbeitslosigkeit ja nur zu befürworten, wenn die Löhne vorher bei Annäherung an die Vollbeschäftigung zu stark gestiegen sind. Davon kann aber weder in Deutschland noch in Europa oder sonst wo auf der Welt die Rede sein.

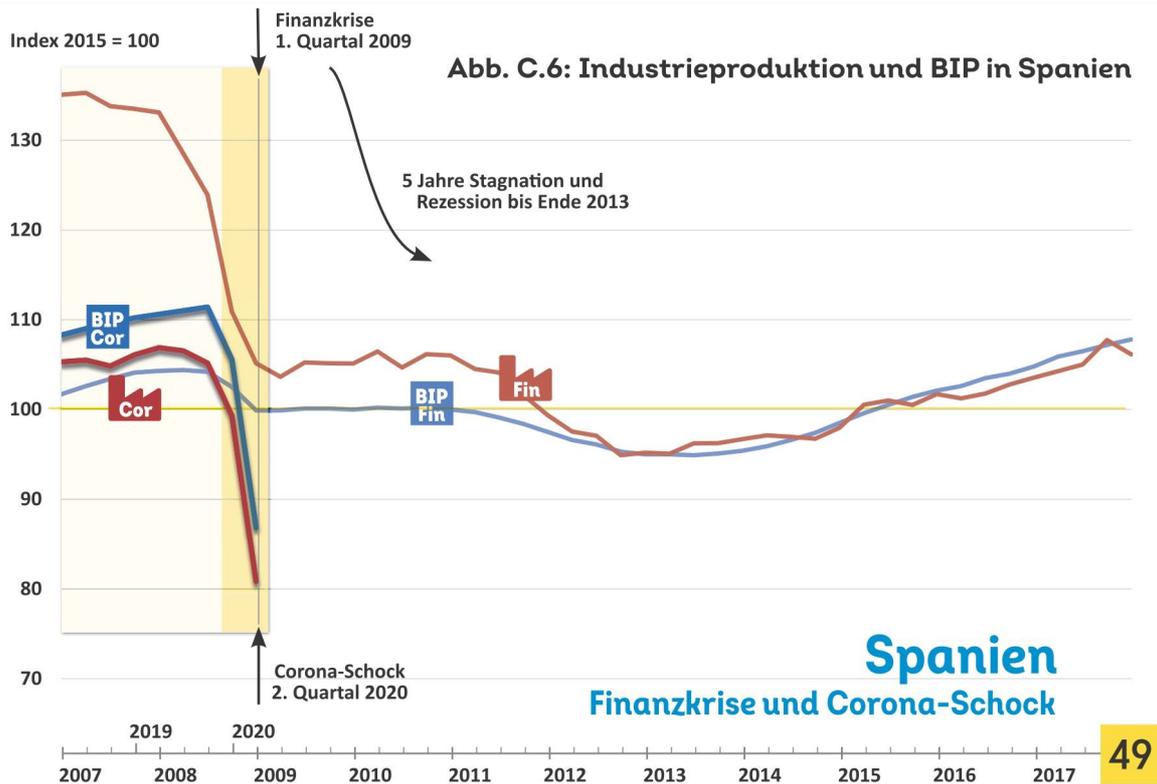
Auch die Paradoxie, dass man heute einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hat, der unmittelbar einer Pandemie geschuldet ist, man aber dennoch so tut, als müssten die Arbeitslosen nach der Hartz-Logik vom Anfang der 2000er Jahre behandelt werden, ist weder der Mehrheit noch der Minderheit aufgefallen. Zu Recht beklagen viele Soloselbstständige und andere Berufsgruppen, dass der Staat, der ihnen ihre Arbeit verbietet, sie mit dem Hinweis auf Hartz IV zur Bundesagentur für Arbeit schickt. Es muss als einer der größten politischen Skandale bezeichnet werden, dass sich an diesen Klagen keine grundlegende Diskussion darüber entwickelt, wie unangemessen die Hartz IV genannte Gesetzgebung heute ist.

Im Anhang zu diesem Artikel möchten wir drei Originalgraphiken zeigen, die dem „Atlas der Weltwirtschaft“ entnommen sind, der vergangene Woche im Westend-

Verlag erschienen ist. Sie zeigen einen Vergleich des Corona-Schocks mit dem wirtschaftlichen Einbruch im Gefolge der Finanzkrise von 2008/2009 für drei europäische Länder. Der Vergleich der Verläufe für das BIP und die Industrieproduktion belegt auch, wie schwach zum Beispiel in Italien schon das Ausgangsniveau war, als die coronabedingte Rezession einsetzte. Das ist das, was wir als schwere Hypothek für die Zukunft bezeichnen.

Abb. C.4: Industrieproduktion und BIP in Frankreich





Hinweis der Redaktion: Der Atlas ist für MAKROSKOP-Leser ein Muß. Er liefert nicht nur Zahlen und Fakten, sondern Analysen, die aufgrund von hervorragenden Eklärungen von Grundbegriffen auch für Nichtökonomien nachvollziehbar sind. Klicken Sie also auf den orangenen Button und bestellen Sie sich ein Exemplar.

[Hier bestellen](#)